Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9351**
17. Wahlperiode 20. 04. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 174. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. April 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Bestandsentwicklung beim Aal nach Inkrafttreten der Aalbewirtschaftungspläne, und welche über die bisherigen hinausgehenden Maßnahmen planen die Bundesregierung und – nach Kenntnis der Bundesregierung – die EU-Kommission (z. B. Exportstopp für Glasaale, Verbot des Glasaalverzehrs, technische Vorgaben zur Senkung der Mortalität beim Glasaalfang, Besatz nur in Gewässer, in denen ein ausreichender Fischabstieg möglich ist, höhere Mindestfanggröße, Fangverbot, technische Vorgaben zur Senkung der Mortalität an den Wasserkraftwerken)?*)

2. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung ihren Entwurf für das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes, das unter anderem Maßnahmen zur Begrenzung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung enthalten soll, im Kabinett behandeln bzw. in den Deutschen Bundestag einbringen, und warum hat die Bundesregierung die Initiative noch nicht eingebracht, obwohl bei der Präsentation des Entwurfs am 10. Januar 2012 angekündigt wurde, dass dies in einem Zeitraum von vier bis sechs Wochen passieren solle?

3. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Pharmaunternehmen bzw. Großhändler haben ihre Daten zu verschriebenen Tierarzneimitteln im Jahr 2011 nicht wie in der Verordnung über das datenbankgeschützte Informationssystem des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI-AMV) vorgesehen bis zum 31. März 2012 beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information eingereicht, und müssen die säumigen Pharmaunternehmen/Großhändler mit Sanktionen rechnen?

4. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf die – in der „Berliner Zeitung“ vom 18. April 2012 berichtete – Absicht der Europäischen Kommission, Verunreinigungen von Lebensmitteln mit dafür nicht in der Europäischen Union zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen künftig bis zu einem Schwellenwert zu tolerieren (low level presence – LLP)?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 34.

5. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, Transparenz über die Verfahren und Abläufe bezüglich der Frage der Einführung eines Schwellenwertes für Verunreinigungen mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln herzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Zusatzkosten fallen durch die deutsche Beteiligung an den EU-Battlegroups im ersten und zweiten Halbjahr 2012 an (bitte für beide Halbjahre getrennt angeben)?

7. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mehrbelastungen für die Bevölkerung erwartet die Bundesregierung durch den Ausbau des Hauptquartiers der US-Army in Wiesbaden inklusive des Flughafens in Erbenheim, und welche Maßnahmen sollen gegen die Mehrbelastungen bzw. zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden?

8. Abgeordnete **Karin Evers-Meyer** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass unter Einbeziehung betriebswirtschaftlicher Überlegungen, zivile Betreiber den Betrieb der Offizierheimgesellschaften, Unteroffizierheimgesellschaften und Gemeinsamen Heimgesellschaften, die durch Kameradschaften geführt werden, effektiver und effizienter gestalten können und, dass durch zivile Betreiber die Kameradschaftspflege und das gesellige Miteinander der Soldatinnen und Soldaten in den Heimgesellschaften besser gewährleistet werden kann als durch kameradschaftliche Betreiber?

9. Abgeordnete **Karin Evers-Meyer** (SPD)

In welche Kategorien können die im Dritten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz, Berichtszeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2010, zitierten „wenigen Einzelfälle“, in denen die Integration von Frauen in die Bundeswehr Probleme bereitet hat, geordnet werden, und wie ist die zahlenmäßige Verteilung der Fälle auf die einzelnen Kategorien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

10. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist mit einem Gesetzesvorschlag zu irgendeiner Form der Frauenquote aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu rechnen, und wenn kein Gesetzesvorschlag geplant ist, warum nicht?

11. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was versteht die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, unter „feministisches Helikoptersystem“ (Zitat aus ihrem Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber“), und hat sie dafür irgendeinen Beleg?

12. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)

Wie und mit welcher Vereinbarung haben die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder und die Referatsleiterin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caroline W., vor Beginn des gemeinsamen Buchprojektes sichergestellt, dass dafür keinerlei technische und personelle Ressourcen des Bundesministeriums in Anspruch genommen werden und während der Dienstzeit kein Austausch über einzelne Elemente des Buches stattfindet, und wie wurde diese Vereinbarung umgesetzt?

13. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)

War dem Bundesministerium insbesondere bei der Bewilligung der Nebentätigkeit gemäß § 3 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst bekannt, dass Caroline W. nicht nur an Wochenenden und in ihrer Freizeit, sondern auch während ihres gesamten Erholungsurlaubes und zusätzlich noch während zu gewährender Zeitausgleichstage an dem gemeinsamen Buch schreiben wird, und wie ist das mit der Fürsorgepflicht des Bundesministeriums gegenüber Caroline W. als alleinerziehender Mutter zu vereinbaren?

14. Abgeordnete **Diana Golze** (DIE LINKE.)

In welchem Verhältnis zueinander stehen nach Ansicht der Bundesregierung die Anliegen der propagierten Wahlfreiheit durch das Betreuungsgeld und der gleichfalls geltende Rechtsanspruch auf eine frühkindliche Förderung vor dem Hintergrund, dass die Einflussmöglichkeiten der Kinder auf das eine oder andere Angebot gering sind, da die Eltern diese Entscheidung treffen, und geht die Bundesregierung

davon aus, dass Anreize für den Verzicht einer Frühförderung in einer Einrichtung mit der UN-Kinderrechtskonvention vereinbar sind, wonach Kinder den Rechtsanspruch auf eine frühestmögliche und beste Förderung haben?

15. Abgeordneter **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.)

Geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die finanzielle und soziale Lage von Alleinerziehenden und ihren Kindern nachhaltig durch die Einführung eines Betreuungsgeldes verbessert oder eher davon, dass Alleinerziehende aufgrund des Betreuungsgeldes ihre Erwerbsbeteiligung reduzieren werden und in dessen Folge ihre Erwerbskarriere eher gebremst wird?

16. Abgeordneter **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung das Ergebnis der Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW), wonach ein Angebot an Ganztagsbetreuung für die Kinder von Alleinerziehenden „nicht nur bereits kurzfristig das Wohlergehen der Kinder“ erhöhen und die „Armutsgefährdung der Familien“ senken würde, sondern „sich auch mittelfristig für die öffentliche Hand fiskalisch“ auszahlen wird – sogar für den Fall, dass die Kinderbetreuung elterngebührenfrei angeboten würde – und bis 2030 die Mehreinnahmen aus Erwerbsbeteiligung der Alleinerziehenden und eingesparte Transferleistungen die Ausgaben sogar so stark übersteigen werden, dass sich eine jährliche Rendite von 4 Prozent ergeben würde?

17. Abgeordnete **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.)

Mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern infolge der Einführung des Betreuungsgeldes unter der Berücksichtigung der neuen Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. bzw. des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln e. V., und mit welchen Folgekosten rechnet die Bundesregierung insgesamt (unter Berücksichtigung der Sozialkassen, Steuereinkünfte und langfristigen Prognosen)?

18. Abgeordnete **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.)

Geht die Bundesregierung davon aus, dass Eltern auf die Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes zu Gunsten des Betreuungsgeldes verzichten, und welche Konsequenzen hat dies für die Kinder in

Anbetracht, dass frühkindliche Bildung am besten in Betreuungseinrichtungen gewährleistet werden kann?

19. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Wann legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Betreuungsgeldes vor (bitte Datum nennen), und stimmt sie derzeit einen Referentenentwurf zwischen den Bundesressorts ab?

20. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Welche Annahmen liegen der Berechnung der Kostenschätzung für ein Betreuungsgeld (siehe Eckwertebeschluss der Bundesregierung des Bundeshaushalts 2013) zugrunde, und ist beim Betreuungsgeld eine finanzielle Beteiligung der Länder vorgesehen?

21. Abgeordneter **Matthias W. Birkwald** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass, nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung, Familien im Hartz-IV-Bezug für ihre zuhause betreuten Kinder kein Betreuungsgeld erhalten sollen bzw. dieses vollständig auf die Leistungen angerechnet werden soll und somit ihre Kinder am Ende ohne Frühförderung und die Eltern ohne Anerkennung ihrer Betreuungsleistung dastehen, und wie ist dies in Einklang zu bringen mit der Erkenntnis, dass insbesondere Kinder aus sozial schwachen Schichten zur Erlangung einer Chancengleichheit bestmögliche Förderung benötigen?

22. Abgeordneter **Matthias W. Birkwald** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. über Betreuungsgeldleistungen in den skandinavischen Ländern, wonach vor allem Mütter mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau und Migrationshintergrund Betreuungsgeld beziehen und sich das Betreuungsgeld somit negativ auf die Beschäftigungssituation von Müttern auswirkt und Nachteile bei der frühkindlichen Bildung zur Folge hat, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen dieser Studie, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Norwegen und Schweden über eine Abschaffung des Betreuungsgeldes diskutiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

23. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Tätigkeit einer Klinik in Bonn im Zusammenhang mit Stammzelltherapien vor (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 15. April 2012; „Deutsche Klinik bietet Stammzelltherapie an“), und kann die Bundesregierung bestätigen, dass der ehemalige „Chefarzt der Anästhesieabteilung und Experte für Diagnostik und Behandlung mit Stammzellen“ des XCell-Centers nunmehr an dieser Klinik tätig ist?

24. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Vertritt die Bundesregierung trotz des erneuten Bekanntwerdens eines fragwürdigen und potentiell gefährlichen Angebots einer Stammzelltherapie in Deutschland weiterhin die Auffassung, „dass das rechtliche Instrumentarium zum Verbraucher- und Patientenschutz bei Therapien mit Stammzellpräparaten ausreicht“ (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 112 auf Bundestagsdrucksache 17/1645, S. 92), und welche rechtlichen Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Debatte über die Aktivitäten des XCell-Centers in Düsseldorf im Jahr 2010 gezogen, damit zukünftig nicht Geschäftemacher unter dem Deckmantel eines hohen Patientenschutzniveaus in Deutschland medizinisch unsinnige und potentiell sogar gefährliche „Therapien“ anbieten?

25. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Wie viele externe Mitarbeiter aus Körperschaften des öffentlichen Rechts sind im Bundesministerium für Gesundheit beschäftigt?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

26. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung nach dem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig, dass das Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt am Main von 23 bis 5 Uhr bestätigte und das Kontingent für die Gesamtnacht auf 133 Flüge beschränkte, sowie der

---

*) Siehe hierzu auch Frage 65.

Entscheidung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, künftig zwischen 0 und 5 Uhr Passagierflüge am Flughafen Köln-Bonn zu verbieten, um bundeseinheitliche Standards für Nachtflugregelungen zu schaffen, die einerseits eine Standortkonkurrenz nach Maßgabe gestatteter Nachtflüge verhindern und andererseits den berechtigten Erwartungen der Anwohner nach einem umfassenden Lärm- und Gesundheitsschutz nachkommen?

27. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, mit Blick auf das von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen beschlossene Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge am Flughafen Köln-Bonn von seinem Genehmigungsvorbehalt nach dem Luftverkehrsgesetz Gebrauch machen oder in sonstiger Weise eingreifen, um das Inkrafttreten des Nachtflugverbots zu verhindern oder zu verzögern?

28. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, von der Europäischen Union Zugeständnisse im Streit um die Einbeziehung von Auslandsflügen in das Europäische Emissionshandelssystem gefordert hat, und welche Art von Zugeständnissen meint er damit konkret (vgl. u. a. stern.de vom 15. April 2012)?

29. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Bahnübergänge (aufgeschlüsselt nach Bundesländern) können nach jetzigem Kenntnisstand mit dem Programm zur Nachrüstung des dritten und vierten Seitenlichts für die technisch gesicherten Bahnübergänge mit nur jeweils rechts stehendem Blinklicht/Lichtzeichen voraussichtlich umgerüstet werden, und welcher Zeitplan ist dafür vorgesehen?

30. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Bahnübergänge wurden nach jetzigem Kenntnisstand bereits umgerüstet, und mit welchen Kosten ist für das Nachrüstungsprogramm (aufgeschlüsselt nach Haushaltsjahren seit 2005) zu rechnen?

31. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord von Kiel nach Bonn verlegen möchte (vgl. Kieler Nachrichten vom 17. April 2012 „Kieler Schifffahrtsbehörde droht Umzug nach Bonn“), und trifft es zu, dass alle sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen zu einer Generaldirektion in Bonn zusammengezogen werden sollen?

32. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, den ersten Spatenstich für die neue Schleusenkammer in Brunsbüttel bereits am 17. April 2012 feierlich gesetzt hat, obwohl mit einem Ende der Ausschreibungen erst im Sommer 2012 gerechnet wird und der Beginn der Bauarbeiten – eigentlicher Anlass für den traditionellen Spatenstich – daher noch in weiter Ferne liegt, und welche Rolle spielte bei der Terminierung dieses Festaktes das Datum der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012?

33. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und inwiefern wird die von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (Quelle: Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin vom 22. März 2012) angekündigte Überprüfung der Kürzungen durch die Bundeshaushalte 2010, 2011 und 2012 (inklusive der Streichung der nichtinvestiven Maßnahmen) am Bund-Länder-Pogramm Soziale Stadt erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

34. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Beschlüsse für die Exportquote für Glasaal hat die Wissenschaftliche Prüfgruppe Scientific Review Group (SRG) für das Übereinkommen über den Internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) für die Fangsaison 2011/2012 und ggf. für die nachfolgenden Fangsaisons gefasst, und welche Position hat Deutschland in diesem Gremium diesbezüglich vertreten?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

35. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe wurden seit der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 164 auf Bundestagsdrucksache 17/5422 weitere Ausgleichsleistungen aufgrund § 38 Absatz 2 des Atomgesetzes beispielsweise für radioaktiv kontaminiertes Wildfleisch geleistet (bitte differenzierte Angabe für 2011 sowie März 2011 bis jetzt), und in welcher Gesamthöhe hat Deutschland seit der Atomkatastrophe von Tschernobyl bis dato Zahlungen für damit in Verbindung stehende Maßnahmen, wie beispielsweise die Sanierung des Tschernobyl-Sarkophags, die Errichtung des neuen Tschernobyl-Einschlusses, Sicherungsmaßnahmen, Dekontaminationsarbeiten o. Ä., geleistet?

36. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weshalb ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Gegensatz zum Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) noch nicht in der Lage, der von Staaten wie Großbritannien und Frankreich angestrebten Gleichstellung von Atomkraft und erneuerbaren Energien in der neuen „Energy Roadmap 2050“ der Europäischen Union bereits ablehnend gegenüberzustehen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. April 2012: „Das Bundeswirtschaftsministerium teilte auf FR-Anfrage mit, man stehe den Plänen ablehnend gegenüber. Aus dem Umweltministerium wurde verlautbart, die dortige Meinungsbildung zur EU-Energiepolitik sei noch im Gange.“), und welche konkreten Gründe sprechen aus Sicht des BMU für eine derartige Gleichstellung von Atomkraft und erneuerbaren Energien im Rahmen der EU-Energiepolitikziele bis 2050?

37. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit hat sich die Position der Bundesregierung zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel angesichts der Äußerungen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, und des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, geändert, die gegenüber dem Nachrichtenmagazin „FOCUS“ die Europäische Kommission zu Zugeständnissen aufgefordert haben?

38. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft die Berichterstattung der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ zu (19. April 2012, S. 24), nach der das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Veröffentlichung eines kritischen Hintergrundberichts des Umweltbundesamtes zur EU-Klimapolitik verhindert hat, und wenn ja, aus welchen Gründen ist dies erfolgt?

39. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Sachen Windpark Moldava im tschechisch-deutschen Grenzraum, insbesondere vor dem Hintergrund der Konflikte der Windparkinvestition bzw. dem Vorrang erneuerbarer Energien mit dem Schutzinteresse und der Schutzgebietssystematik der europäischen Schutzgebiete Natura 2000, und welche Fristen für offiziell autorisierte Übersetzungen sieht das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder andere bundesgesetzlichen Regelungen für Übersetzungen von ausländischen Gutachten (hier: amtlich tschechisches Gutachten) vor, die in diesem Fall Grundlage für Stellungnahmen der sächsischen Landkreise Mittelsachsen, Erzgebirge, Vogtland sind?

40. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung Vorschläge, für den Ausbau der Offshore-Windenergie eine mittel- bis langfristige „Roadmap“ aufzustellen, in der die technischen, planerischen und regulatorischen Rahmenbedingungen und Schritte im Einzelnen dargestellt werden, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

41. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die Aussage der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Katherina Reiche in der Fragestunde vom 28. März 2012 (vgl. Plenarprotokoll 17/171), dass geplant sei, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen am informellen Umweltministerrat vom 17. bis 19. April 2012 teilnehmen werde, vor dem Hintergrund der Nichtteilnahme des Bundesministers an besagtem Umweltministerrat)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

42. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie hoch sind im Hinblick auf die Geschäftsaufgabe bzw. die Insolvenz mehrerer Unternehmen der Solarwirtschaft die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung jeweils seit 2010 gewährten Fördermittel für Forschung im Bereich Photovoltaik an Unternehmen,

Universitäten sowie Wissenschaftsorganisationen, die seit 2010 gewährten Fördermittel für die „Innovationsallianz Photovoltaik“, die für 2012 noch zur Bewilligung anstehenden Fördermittel für diese Allianz, die von der Solarbranche im Rahmen der Zusage für die Allianz bisher erbrachten Investitionsmittel zur Umsetzung der Ergebnisse in Deutschland, die seit 2008 für den „Spitzencluster Solarvalley Mitteldeutschland“ bislang gewährten Bundesmittel sowie die an zwischenzeitlich insolvente Unternehmen der Branche seit 2010 gewährten Fördermittel, und wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf Pressemeldungen („Das Ende der deutschen Solarzelle“, SPIEGEL ONLINE vom 2. April 2012) und Erklärungen der Wissenschaft („Ohne starke produzierende Photovoltaikunternehmen … wird es auch für die hiesige Solarforschung sehr schwer“, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE, 24. Februar 2012) die Zukunftsaussichten für die Herstellung von Solarzellen in Deutschland – unter Angabe der wesentlichen Ergebnisse der bisherigen Forschungsförderung, der Aktivitäten der Bundesregierung zur Unterstützung der Umstrukturierung der Branche sowie zur Sicherung und Verwertung der Forschungsergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland?

43. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat sich die Bundesregierung als beherrschender Anteilseigner des Forschungszentrums Jülich GmbH (FZJ) nicht für einen früheren Termin für eine Aufsichtsratssitzung bezüglich der Wiederaufnahme des zuvor am 16. Juli 2010 ruhend gestellten Verlängerungsantrags für die Genehmigung des Zwischenlagers in Jülich eingesetzt, angesichts der Tatsache, dass spätestens seit dem 15. März 2012 bekannt ist, dass der Transport der 152 Castorbehälter nach Ahaus nicht bis 30. Juni 2013 (Genehmigungsende für das Zwischenlager Jülich) abgewickelt werden kann und deshalb zur Lösung der ungeklärten Frage der Zwischenlagerung höchste Eile geboten ist, und welche Position wird die Bundesregierung in der kommenden Sitzung bezüglich des weiteren Verbleibs der 152 Castoren vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

44. Abgeordnete **Dagmar G. Wöhrl** (CDU/CSU)

Inwiefern begleitet und unterstützt die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die zunehmende Digitalisierung in Entwicklungsländern – insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin und Katastrophen- sowie Krisenprävention –, und gibt es bereits Initiativen von der Bundesregierung für Projekte und Kooperationen, die die Digitalisierung dort nachhaltig gestalten und auf lokale Anforderungen abstimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

45. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird der § 151 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesberggesetzes (BBergG), welcher u. a. eine Befreiung von Inhabern sogenannter Alter Rechte von der Förderabgabe gemäß § 31 BBergG vorsieht, von der Bundesregierung derart ausgelegt, dass diese Befreiung dauerhaft gilt (bitte zutreffendes begründen)?

46. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Fracht befindet sich an Bord des Schiffes „Atlantic Cruiser“ der deutschen Reederei Bockstiegel, das Berichten zufolge schweres Militärgerät und Munition aus dem Iran nach Syren bringen sollte und deswegen in der Türkei festgesetzt wurde, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um das EU-Waffenembargo gegen Syrien auch bei deutschen Reedern durchzusetzen?

47. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Hält es die Bundesregierung nach den Aussagen von ExxonMobil-Europa-Chef Gernot Kalkoffen, dass sein Unternehmen auf giftige Stoffe beim Fracking verzichten wolle, noch für vertretbar, dass Fracking unter Einsatz von Chemikalien in Deutschland weiterhin gesetzlich möglich sein soll, und wann plant die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf zum Thema Fracking vorzulegen?

48. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vorläufige Position des Europäischen Rates zu Artikel 4 der Energieeffizienzrichtlinie in der Version vom 4. April 2012, nach welcher lediglich Gebäude, welche in Besitz und in Nutzung der Zentralregierungen sind und die energetischen Mindestanforderungen nicht bereits erfüllen bei der Berechnung der zu sanierenden Fläche berücksichtigt werden, und wie viele der rund 4 500 Liegenschaften im Besitz des Bundes mit einer Gesamtfläche von etwa 50 Millionen m^2 müssten nach dieser Formulierung nach Auffassung der Bundesregierung saniert werden?

49. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung eine kurzfristige Eigenkapitalbeteiligung der KfW Bankengruppe am Offshore-Netzausbau des Netzbetreibers TenneT TSO GmbH, und, falls die Bundesregierung dies nicht für eine geeignete Lösung hält, wie will sie die drohenden Verzögerungen beim Ausbau der Offshore-Windkraft durch die Finanzierungsprobleme der TenneT TSO GmbH anderweitig verhindern?

50. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Sind aktuelle Presseberichte (vgl. u. a. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. April 2012) zutreffend, nach denen die Bundesregierung eine Beteiligung der KfW Bankengruppe an einer Netzgesellschaft erwägt, und wenn ja, wie gestaltet sich das weitere Verfahren konkret?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

51. Abgeordneter **Klaus Brandner** (SPD)

Welche Auswirkungen wird der innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Plan zur Reduzierung der Bundeswehr in Afghanistan auf den Etat des Auswärtigen Amts (Einzelplan 05) im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2013 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 haben?

52. Abgeordneter **Klaus Brandner** (SPD)

Plant die Bundesregierung, zum NATO-Gipfel am 20./21. Mai 2012 konkrete Zusagen hinsichtlich der künftigen finanziellen Beteiligung Deutschlands am Afghanistan-Einsatz zu machen, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über diese Planungen unterrichten?

53. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem aktuellen Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Kirminialitätsbekämpfung (UNODC), „Afghanistan Opium Survey 2012“, nach welchem 2012 von einem Anstieg der Opiumproduktion in Afghanistan ausgegangen und dies vor allem mit der schlechten Sicherheitslage, massiver Korruption und ökonomischen Ängsten begründet wird, und mit welchen Schritten will die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Verbündeten dem Problem begegnen?

54. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu, dass der US-Präsident Barack Obama Ende März 2012 die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, gebeten hat, den Abzug der US-Truppen aus dem Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden Afghanistans entgegen der bisherigen Planung durch weitere Bundeswehreinheiten zu flankieren, und wird die Bundesregierung, insbesondere die Bundeskanzlerin, dieser Bitte entsprechen oder aber wie angekündigt durch Spanien, Holland, Kanada und jetzt Australien sowie Frankreich im Falle eines Wahlsieges des französischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande die Bundeswehrsoldaten vollständig oder zum Teil früher als bisher geplant bis Ende 2014 aus Afghanistan abziehen?

55. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu, dass im Seeeinsatzgebiet der Marine im Rahmen der Operation Atalanta vor der Küste Somalias und im Indischen Ozean kein Schiff von Piraten gekapert und die Besatzung als Geisel genommen wurde, das entweder durch private Sicherheitsdienste geschützt wurde oder das sich an die internationalen Richtlinien „Best Management Pracitces“ (BMP) für Reedereien für die Fahrt durch das Gefahrengebiet gehalten hat, d. h. sich einem Konvoi angeschlossen, an Reling und Außenbord Verstärkungen wie Stacheldraht angebracht hat und mit hoher Geschwindigkeit gefahren ist (vgl. Ehrhart/Petretto „The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach, S. 38 ff.), und wie soll nach dem von der Bundesregierung diese Woche beschlossenen Mandat zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta die 2000-Meter-Begrenzung des Einsatzgebietes an Land jeweils ausgemessen sowie sichergestellt und kontrolliert werden, dass die EU-Einsatzkräfte zwischen Piraten und Zivilisten, Waffen und sonstigem Gerät auch unter Bedeckung

unterscheiden, keine Zivilisten und deren Habe wie etwa Fischereiausrüstung gefährden und die Begrenzung des Einsatzgebietes einhalten?

56. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Warum verzichtet die NATO darauf, analog zur Ausdehnung der Atalanta-Mission ihre Anti-Piraterie-Operation auf Land auszuweiten?

57. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die bisher erfolgreiche Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen in den Gewässern vor Somalia operierenden Nationen auch nach Ausweitung der militärischen Operationszone problemlos fortgesetzt werden kann?

58. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern kommt die Bundesregierung dem Aufruf von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon an die Europäische Union nach, die UN-Beobachtermission in Syrien zu unterstützen?

59. Abgeordnete **Viola von Cramon-Taubadel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sind Träger und Geldgeber des vom kasachischem Präsidenten Nursultan Nasarbajew in seiner Rede in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. im Februar 2012 angekündigten Eurasischen Clubs, und welche bisherigen bzw. anstehenden Tätigkeiten dieses Eurasischen Clubs sind der Bundesregierung bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

60. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche der Informationsangebote des Bundeswahlleiters werden noch im Jahr 2012 in einfacher Sprache zur Verfügung stehen?

61. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Menschen mit Behinderung konnten bei der Bundestagswahl 2009 auf Grundlage des § 13 Nummer 2 und 3 des Bundeswahlgesetzes nicht an der Wahl teilnehmen, und was unternimmt die Bundesregierung mit Blick auf Artikel 29 der UN-Behin-

dertenrechtskonvention sowie den diesbezüglichen Stellungnahmen der UN-Vollversammlung vom 20. März 2012 (A/HRC/19/L.9/Rev. 1) und des Deutschen Instituts für Menschenrechte e. V. „Gleiches Wahlrecht für alle? Menschen mit Behinderungen und das Wahlrecht in Deutschland“ vom Oktober 2011, damit bei der kommenden Bundestagswahl alle Menschen mit Behinderung ihr Wahlrecht ausüben können?

62. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Inwieweit trifft nach Kenntnis der Bundessregierung die vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg festgestellte Entwicklung im Neonazibereich, derzufolge sich Rechtsextremisten verstärkt als sogenannte Freie Kräfte organisieren und an Einfluss in der Szene gewinnen, wohingegen die NPD an Einfluss verliere, auch auf andere Bundesländer zu, und welche konkreten Zahlen kann sie hierzu angeben?

63. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Twitter-Accounts wurden im Rahmen der Buchvorstellung von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder überprüft, und zu welchen Mitteln haben die Sicherheitsbehörden dafür gegriffen (vgl. das Zitat von Dr. Kristina Schröder auf www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio87130.html etwa ab Minute 0:50)?

64. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele externe Mitarbeiter werden in den Bundesministerien beschäftigt (Hauptarbeitgeber bzw. Organisation und jeweiliges Bundesministerium einzeln aufzählen), die nicht im „Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung“ erwähnt werden, und warum?

65. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung Presseberichte (z. B. taz vom 19. April 2012) bestätigen, wonach für den Einsatz sogenannter externer Mitarbeiter (also in der Regel Lobbyisten, die in Bundesministerien beschäftigt sind und zum Teil auch bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen beteiligt sind, aber nicht vom Bundesministerium bezahlt werden, sondern weiterhin auf der Gehaltsliste ihres Unternehmens oder Verbandes stehen), gesonderte Regeln gelten und diese deshalb nicht in dem Bericht des Bundesministeriums des Innern aufgelistet werden, wenn diese Mitarbeiter von Körperschaften des öffentlichen

Rechts entsandt werden, und gelten diese Sonderregeln neben Krankenkassen beispielsweise auch für die Kassenärztliche Bundesvereinigung?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

66. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium der Justiz eingeleitet, um den bereits im November 2010 erlassenen Europäischen Haftbefehl gegen den in Ingolstadt wohnhaften und in den Niederlanden rechtskräftig verurteilten NS-Kriegsverbrecher Klaas Carel Faber durchzusetzen, und welche Mechanismen existieren, um die zuständigen bayerischen Landesstellen ggf. zum Vollzug zu drängen?

67. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Warum sind seit Ausstellung des Europäischen Haftbefehls bereits mehr als 15 Monate ergebnislos verstrichen, und wann ist mit einer Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls zu rechnen?

68. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Welche konkreten gesetzlichen Regelungen plant die Bundesregierung, um Internetnutzerinnen und -nutzer mit eigenen gesicherten WLAN-Netzen vor überhöhten Abmahnungen bei vermeintlichen Urheberrechtsverletzungen (Filesharing-Abmahnungen) zu schützen, und wann wird der entsprechende Gesetzentwurf vorgelegt?

69. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Welche konkreten gesetzlichen Regelungen plant die Bundesregierung, um die Anbieter von offenen WLAN-Netzen in Gaststätten und Hotels vor massenhaften Abmahnungen wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen durch Kunden zu schützen, und welche Sicherheitsvorkehrungen vor unerlaubten Downloads durch die Kunden müssen diese Anbieter aus Sicht der Bundesregierung treffen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 25.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

70. Abgeordneter **Dr. h. c. Jürgen Koppelin** (FDP)

Welche Unterschiede bestehen zwischen dem Steuerabkommen Österreich–Schweiz und dem Steuerabkommen Deutschland–Schweiz?

71. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Können nach dem am 21. September 2011 unterzeichnete Steuerabkommen mit der Schweiz (inklusive Ergänzungsprotokoll) weiterhin Daten über Kapitalanlagen deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz durch die deutsche Finanzverwaltung aus der Schweiz angekauft werden, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung hierzu im Fall eines Inkrafttretens des besagten Steuerabkommens mit der Schweiz?

72. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass es zu einem vermehrten Einsatz von erbschaftsteuerlichen Gestaltungsmodellen kommt, bei denen die erbschaftsteuerlichen Verschonungsregeln genutzt werden, indem liquide Mittel aus dem Privatvermögen in eine neu gegründete Unternehmung transferiert werden und durch Ausnutzung von unternehmerischen Verschachtelungen insgesamt dieses originäre Privatvermögen infolge der Anwendung von § 13a des Erbschaftsteuergesetzes (ErbStG) nicht mehr der Erbschaftsteuer unterliegt, und sieht die Bundesregierung in diesen in der Praxis vermehrt aufkommenden Fällen eine nicht vom Gesetzgeber gewollte Steuervermeidungsstrategie, die dringend unterbunden werden muss?

73. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Welche Position vertritt die Bundesregierung bei der Zubemessung der sogenannten Unternehmereigenschaft (nach § 2 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes) an Forschungsorganisationen im Hinblick auf divergierende öffentliche Äußerungen von Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung („Fiskus bedroht Spitzenforschung“, FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 19. April 2012), und bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, ggf. eine Initiative um die Begünstigung der Wissenschaftsorganisationen auch weiterhin verlässlich zu gewährleisten?

74. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass nach Presseberichten (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 19. April 2012: Fiskus bedroht Spitzenforschung) diverse Grundlagenforschungseinrichtungen mit einer Rückzahlung erstatteter Umsatzsteuer im dreistelligen Millionenbereich konfrontiert sind, und sieht die Bundesregierung in diesen Fällen Handlungsbedarf, damit Einrichtungen der Grundlagenforschung per se als umsatzsteuerliche Unternehmen mit Berechtigung zum Vorsteuerabzug gewertet werden können?

75. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung nach der Kritik des Bundesrechnungshofes (in: Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 2011 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes – Weitere Prüfungsergebnisse, Bundestagsdrucksache 17/9250), wonach in Deutschland ansässige Seeleute auf Schiffen unter liberianischer Flagge infolge des geltenden Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) nicht besteuert werden, diese Steuerausfälle durch Neuverhandlung des DBA zu beseitigen, und mit welchen Staaten bestehen DBA, durch die es zu vergleichbaren Steuerausfällen kommen kann?

76. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung bis zum 28. April 2012 die Aufforderung der Europäischen Kommission, die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Lieferungen von Kunstgegenständen und Sammlungsstücken in Deutschland entsprechend den Vorgaben der Europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie einzuschränken, Stellung nehmen, um das bereits eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren zu beenden, und inwieweit werden dabei die von allen Fraktionen im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages formulierten Forderungen an die Bundesregierung (siehe Pressemitteilung vom 7. März 2012 – verfügbar unter: www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2012/PM_1203071.html) berücksichtigt werden?

77. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Weche konkreten Kompensationsleistungen – bezugnehmend auf eine Pressemeldung der „dpa“ vom 17. April 2012 – schlägt die Bundesregierung vor, um die von ihr offensichtlich als unabwendbar erachtete Anhebung des Umsatzsteuersatzes für den Kunsthandel in Deutschland auszugleichen, und inwieweit sind diese Vorschläge mit den davon Betroffenen, u. a. den Vertretern des Kunsthandels und den bildenden Künstlerinnen uns Künstlern sowie

den Ländern, abgestimmt, damit sich die wirtschaftliche Situation der Künstlerinnen und Künstler als auch vieler kleiner Kunsthandlungen und Galerien nicht, wie von diesen befürchtet, verschlechtert?

78. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist der Grund dafür, dass das von der Hypo Real Estate Holding auf die FMS Wertmanagement AöR im Oktober 2010 übertragene Griechenlandportfolio zu Werten über Nominalvolumen übertragen wurde (vgl. Vermerk des Bundesministeriums der Finanzen „Auswirkungen des griechischen Schuldenschnitts auf die Abwicklungsanstalten“ vom 12. April 2012), und wie hoch war der Marktwert dieses Portfolios zum Übertragungszeitpunkt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

79. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie genau, insbesondere mit Bezug auf welche Quelle bzw. statistische Größe zum durchschnittlichen Bruttojahresgehalt, hat die Bundesregierung errechnet, dass die künftig nach § 41a der Beschäftigungsverordnung zu erfüllende Mindestgehaltsgrenze den Vorgaben der so genannten Blue-card-Richtlinie der EU entspricht (vgl. Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 17/8682, dessen Begründung zu Nummer 8, Absatz 1 und 2 keine klaren Darlegungen enthält), und warum wurde an einem Prozentsatz der allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung statt an das durchschnittliche Bruttojahresgehalt angeknüpft, obwohl hierdurch in der Zukunft regelmäßige Gesetzesänderungen erforderlich sein könnten, wenn die Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze hinter der Gehaltsentwicklung zurückbleibt?

80. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was sind die zehn Berufsgruppen mit den meisten Erwerbstätigen mit aufstockenden Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) (wenn möglich nach Anzahl und Anteil aufführen), und inwiefern werden diese Berufsgruppen von Mindestlohnregelungen erfasst (bitte im entsprechenden Fall die Mindestlohnregelung nennen)?

81. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie hoch sind in den oben genannten Berufsgruppen jeweils die monatlichen Ausgaben für die aufstockenden Leistungen (wenn möglich bitte insgesamt sowie je Erwerbstätigen), und wie hoch ist in diesen Berufsgruppen jeweils der Anteil der Beschäftigten, die zu Niedriglöhnen arbeiten?

82. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Wie ist der Zeitplan der Bundesregierung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, und bis wann soll es einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland geben?

83. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)

Welche Konzepte werden derzeit innerhalb des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bezüglich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns diskutiert (Festsetzungsmechanismen, Reichweite, Ausnahmemöglichkeiten, Verbindlichkeit), und wie bewertet die Bundesregierung die Dringlichkeit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333